

Montreal, 11. Oktober 2012

Wir verließen den Kongress in Bratislava, der Ende September abgehalten wurde, mit dem Gefühl, in nur kurzer Zeit viel geleistet zu haben. Drei Jahre waren vergangen, seit die LeiterInnen der Koalitionen die Chance hatten, sich zu treffen. Die Delegierten hatten daher viel über die Erfolge ihrer Koalitionen zu berichten, wollten aber auch genauso die kommenden Jahre besprechen. Insgesamt waren 16 Koalitionen aus Amerika, Europa und Afrika vertreten, KollegInnen aus Kanada, Marokko und Australien nahmen via Skype teil.

Uns allen war bewusst, dass dies ein wichtiger Moment für unsere Bewegung war, da die Energie und das Momentum, die zur Annahme des Übereinkommens geführt hatten, sich nun auf die neue Herausforderung der Umsetzung richten muss. Es ist jetzt die Zeit gekommen, in der sich zeigen wird, ob das Übereinkommen die hohen Erwartungen, die es geschürt hat, erfüllen kann. Jeder war sich darüber im Klaren, dass gerade harte Zeiten für die UNESCO und den Kultursektor allgemein herrschen. Die Stärke unserer nationalen Koalitionen, und der Föderation, ist entscheidend für die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, zur Umsetzung des Übereinkommens beizutragen und zu verhindern, dass das Übereinkommen ins Abseits oder gar in Vergessenheit gerät.

Der Kongress konzentrierte sich daher auf ein Aktionsprogramm bis zum nächsten Kongress 2014 und darüber hinaus. Christine Merkel von der deutschen Koalition schlug Oktober 2015 als möglichen Termin für ein großes Treffen in Paris vor, um den 10. Jahrestag des Übereinkommens zu begehen und Mitglieder des internationalen U40-Netzwerks „Kulturelle Vielfalt 2030“, Repräsentantinnen der Koalitionen und nationale Kontaktstellen zusammenzubringen.

Die Delegierten diskutierten entlang einiger Kernthemen, zu denen sie seit Annahme des Übereinkommens mobilisieren konnten, über mögliche Bereiche der sowohl regionalen als auch internationalen Zusammenarbeit:

- Status von Künstlern und Künstlerinnen
- Nord-Süd-Kulturkooperation
- kulturelle Ausdrucksformen von Minderheiten wie indigenen Völkern
- kulturelle Rechte und Freiheit künstlerischen Ausdrucks
- Ausnahme von Kultur in Handelsabkommen, spezifisch zwischen Kanada und der EU (CETA) und Trans-Pazifische Partnerschaft (TPP)

Zum Status von Künstlerinnen und Künstlern hat unser Kollege Pavol Kral angeboten, alle *Best-practice*-Beispiele, insbesondere im Hinblick auf die Definition des Künstlerbegriffs, die ihm übermittelt werden, zusammenzustellen, da die slowakische Koalition nun von der neuen sozialdemokratischen Regierung als wertvoller Partner bei der Erarbeitung eines neuen Gesetzes zum Status von Künstlern und Künstlerinnen anerkannt wird.

Frühere Initiativen wie das gemeinsame FIM/FIA *Manifest zur Stellung von Künstlerinnen und Künstlern* und das UNESCO *World Observatory on the Social Status of the Artist* wurden den Delegierten vorgestellt. Es wurde auch festgestellt, dass Länder wie die Slowakei und Portugal – das sogenannte Europa der Regionen – andere Anliegen haben als weiter fortgeschrittene Länder wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland. Die österreichische und slowakische Delegation erkannten die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit, da sie mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind.

Bezüglich der Nord-Süd-Kooperation verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, die die Europäische Kommission dazu aufruft, zu gewährleisten, dass das neue Programm „Kreatives Europa“, welches die „Kultur“- , „MEDIA“- und „MEDIA Mundus“-Programme zusammenführt, den Akzent nicht ausschließlich auf den ökonomischen Wert des Kultursektors legt, sondern gleichermaßen die kleinteilige Struktur des Kulturschaffens, die eine zentrale Rolle für die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen spielt, zu berücksichtigen. In einer weiteren Resolution fordern die Delegierten die Integration kultureller Aspekte im EU-Programm für Entwicklungszusammenarbeit „Agenda für den Wandel“, entsprechend der Verpflichtung der EU als Vertragspartei des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Dies ist von großer Bedeutung für kulturelle Gemeinschaften in den EU-Nachbarschaftsländern und in den Entwicklungsländern. Holly Aylett von der Delegation des Vereinigten Königreichs ergriff in dieser Angelegenheit die Initiative.

Bezüglich kultureller Rechte und Meinungsfreiheit begrüßten die Delegierten den Vorschlag der Föderation, dem internationalen Netzwerk *Artsfex* zum Monitoring von Zensur und Förderung der Freiheit künstlerischen Schaffens, welches bei der Weltkonferenz in Oslo am 27. Oktober ins Leben gerufen werden soll, beizutreten. Die Delegierten fanden es erforderlich, hierzu die Mitglieder ihrer nationalen Koalitionen zu konsultieren und die Beteiligung anderer kultureller INGOs, wie der Internationalen Musiker-Föderation (FIM), anzuregen. Christine Merkel, die an der Vorbereitung der Gründungsdokumente von *Artsfex* mitgewirkt hat, wird die Föderation in Oslo repräsentieren.

Bezüglich der Handelsabkommen wurde vereinbart, eine gemeinsame Interessensplattform für die Koalitionen jener Länder, die am Trans-Pazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) beteiligt sind, zu entwickeln, um die Anerkennung des UNESCO-

Übereinkommens zu fordern und zu verhindern, dass die Debatten über das geistige Eigentum die bestehenden nationalen Urheberrechtsregelungen destabilisieren. Die chilenische Koalition, geleitet von Mane Nett, ist auf diesem Gebiet sehr aktiv gewesen. Des Weiteren schlugen Delegierte vor, einen Beobachtungsmechanismus zu etablieren, eventuell unter Einbezug von Universitäten, um die jüngsten Entwicklungen bei Handelsabkommen verfolgen zu können.

Angesichts der aktuellen Finanzkrise drückten die Delegierten ihre Sorge über die prekäre Lage von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus, veranschaulicht am treffenden Beispiel Portugals, wo die Privatisierung des staatlichen Senders RTP erwogen wird. Daher verabschiedete der Kongress eine scharf formulierte Resolution, die an den Zwischenstaatlichen Ausschuss des Übereinkommens appelliert, den Status des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in sein Arbeitsprogramm 2012-2014 aufzunehmen, welches bei der nächsten Konferenz der Vertragsparteien kommenden Juni verabschiedet wird.

Das Sekretariat der Föderation wird für die nächste Tagung des Zwischenstaatlichen Ausschusses eine Stellungnahme zu diesem und anderen Themen, die bei der Tagung diskutiert werden, wie die Evaluierung des Internationalen Fonds für kulturelle Vielfalt, dessen Fundraising-Strategie und die periodischen Vierjahresberichte, vorbereiten.

Ferner verabschiedete der Kongress eine Resolution, die die internationale Gemeinschaft dazu aufruft, Mali bei der Verhinderung von weiteren Attacken auf sein materielles Erbe und die Menschenrechte zu unterstützen. Dies warf weiter die Frage auf, was getan werden könnte/sollte, um Staatsparteien abzumahnern, die klar gegen die mit Beitritt zum Übereinkommen eingegangenen Verpflichtungen verstoßen.

Der Vorstand genehmigte den Beitrittsantrag der neu geformten Koalition für kulturelle Vielfalt in Bangladesch, der vierten im asiatisch-pazifischen Raum. Er begrüßte auch den Beitrittsantrag des *Nhimbe Trust* aus Simbabwe, kam aber darin überein, dass die Statuten der Föderation noch geändert werden müssten, um für Organisationen, die keine Koalitionen an sich sind, und für Individuen die Möglichkeit der Mitwirkung bei der Föderation als «assoziierte» Mitglieder zu schaffen. Alle Delegierten zeigten sich zuversichtlich, dass die nationalen Koalitionen vom Fachwissen und Engagement der etwa 70 jungen Expertinnen und Experten, die dem internationalen U40-Netzwerk „Kulturelle Vielfalt 2030“ angehören, profitieren würden. Allgemein wurde befunden, dass in vielen Ländern günstige Voraussetzungen bestehen, um neue Verbündete in noch „unerschlossenen Gebieten“ für die Bewegung der Koalitionen zu gewinnen, wie die erfolgreichen Seminare in Hammamet (Tunesien) und Alexandria (Ägypten) bezeugten.

Mellakh Abdelhay von der marokkanischen Koalition informierte darüber, dass Marokko das Übereinkommen Anfang 2013 ratifizieren werde und der neue Kulturmini-

ster die Idee, den nächsten Kongress der Föderation 2014 in Marokko abzuhalten, unterstützte. (El Hassane Neffali von der marokkanischen Koalition hat uns später darüber informiert, dass Marokko das Übereinkommen bereits 2011 ratifiziert hat, die Ratifizierungsurkunde aber von den Zuständigen noch nicht bei der UNESCO hinterlegt wurde).

Die Mandate der meisten Vorstandsmitglieder, die abgelaufen waren, wurden verlängert. Erstmals wurde ein Vizepräsident für die Region Afrika bestimmt. Der Vorstand setzt sich aktuell folgendermaßen zusammen:

Rasmané Ouedraogo (Burkina Faso), Präsident
Solange Drouin (Kanada), Kassier
Mané Nett (Chile), Sekretär und Vizepräsident, Lateinamerika
Beat Santschi (Schweiz), Vizepräsident, Europa
Ray Argall (Australien), Vizepräsident, Asiatisch-Pazifischer Raum
Kodjo Cyriaque Nossouglo (Togo), Vizepräsident, Afrika
Mellakh Abdelhay (Marokko)
Jorge Bosso (Spanien)
Pascal Rogard (Frankreich)

Abschließend muss gesagt werden, dass der Erfolg des Bratislava-Kongresses zum großen Teil der reibungslosen Organisation der Gastgeber zu verdanken ist. Alte Freunde kamen zusammen, neue Freundschaften wurden geschlossen, und *auch* die Kultur wurde gefeiert: beim Besuch des Danubia Meulensteen Art Museums und der Live-Darbietung eines Jazztrios im historischen Malá Scena-Theater. Als krönenden Abschluss unserer intensiven dreitägigen Arbeitssitzung gab es eine Stadtführung bei Sonnenuntergang, gefolgt von einem exquisiten Abschiedsessen nach original slowakischer Tradition.

Es war Alejandra Diaz von der paraguayischen Koalition, die daran erinnerte, dass Jozef Svonavsky einmal gelobte, dass die slowakische Koalition eines Tages den Kongress der Föderation veranstalten werde. Das war 2004 in Seoul in Südkorea. Zu unserem Glück, aber auch jenem der internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegung und womöglich auch jenem des Übereinkommens, hat er das Versprechen, das er sich selbst gegeben hatte, gehalten. Hut ab vor dir, Jozef!

Charles Vallerand
Generalsekretär, Internationale Föderation der Koalition für kulturelle Vielfalt